

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Hermannstr. 30,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigt. Bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Dresden 1520.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 280.

Mittwoch, 30. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Noch immer keine Betrauung eines neuen Kanzlers. Nochmalige Besprechung mit Hitler unwahrscheinlich. Auch heute noch keine Entscheidung zu erwarten.

Das politische Berlin hat anlässlich früherer Regierungseröffnungen schon ein tolles Durcheinander erlebt. Gerüchtmacherei war auch früher schon im Schwung. Aber das von den Offiziellen niemals so widersprüchliche Informationen ausgehen wurden wie heute, ist noch nicht vorgekommen. Die Umgebung von Papen hat heute bis in die Mittagsstunden hinein erklärt, Herr von Papen sei zwar noch nicht formell beauftragt, aber man könne doch damit rechnen, daß auch der Versuch der Kabinettsbildung durch Schleicher bereits gescheitert sei. Praktisch bleibe deshalb nur noch die Wiederbetrauung des Herrn von Papen übrig. Zur gleichen Stunde konnte man aus der Umgebung des Herrn von Schleicher hören, daß Herr von Schleicher seinen Versuch der Kabinettsbildung noch nicht aufgegeben habe, daß der Versuch auch als aussichtsreich zu betrachten sei und deshalb sei bei aller Unsicherheit die Betrauung des Herrn von Schleicher mit dem Kanzleramt noch immer am wahrscheinlichsten. Die hauptstädtische Presse hat unter diesen Umständen von Stunde zu Stunde geschwankt und hat schließlich informativ getippt, je nachdem, welche Seite ihr vertrauenswürdigere erschien.

Der Kundstehende ist bei diesem Spiel vielfach zu der Auffassung gekommen, daß es sich da um planmäßig angelegte politische Intrigen handle. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß diese Auffassung nur Scheinbar begründet ist. Tatsächlich ist es nicht zweifelhaft, daß Herr von Papen seinen Weg als Reichskanzler gern weitergehen würde. Das ist von Seiten des Herrn v. Papen kein Alibi am Amt. Herr von Papen hat, — niemand breitet ihm das ab —, persönlichen Mut auch in politischen Dingen, und deshalb scheut er nicht vor der Verantwortung zurück, politische Maßnahmen durchzuführen, die ihn im Notfall als rechtlich tragbar erscheinen, die aber, wenn solche politische Aktionen schiefliegen, leicht als illegal abgeknippt werden können. Der Herr von Papen und seine nächsten Mitarbeiter kennen, der weiß, daß der heute noch amtierende Reichskanzler durchaus an das glaubt, was vielen Hörern seiner Rede oft als überhöhenhafte Rhetorik erschienen ist. Herr von Papen wird beispielsweise von Seiten der Parteien vorgeworfen, daß er die Parteien unzulässig beschimpft habe, und daß noch nie ein Reichskanzler über die Politiker vergangener Regierung öffentlich so schlecht gesprochen habe, wie Herr von Papen. Diese Vorwürfe treffen Herrn von Papen deshalb nicht, weil er wirklich der Überzeugung ist, daß er sich von der Politik und von den Politikern der letzten Jahre bewußt und scharf distanzieren müsse. Das wird auch nicht verstanden, daß Herr von Papen noch immer bereit ist, die politisch und wirtschaftlich schwere Situation hinzunehmen und zu regieren, obwohl er kaum einen politischen Rückhalt hat. Es ist aber unbestreitbar, daß Herr von Papen wirklich das Reichskanzleramt gerne weiterführen würde, weil er an seine politische Aufgabe glaubt.

Auf der anderen Seite sehen wir in der Person des Herrn von Schleicher noch immer einen Unterhändler, der sich in seiner Nüchternheit keine Illusionen gibt. Er hat sich gegenüber den Gewerkschaften nicht festgelegt, aber die Verbindung erneuert. Er sucht die Verbindung mit Hitler in einer so vorläufigen Weise, daß so leicht keine Schärfe entstehen können. Herr von Schleicher bleibt für die Außenstehenden auch heute noch unerschrocken. Wer aber etwas genauer aufsieht, erkennt bereits, daß die wirkliche historische Bedeutung der Verhandlungen im Laufe des November 1932 wieder bei Herrn von Schleicher liegt. Dieser Mann tut seinen Abenteuren Schritt. Er hat freie Bewegungsfreiheit. Er hält sich bis zuletzt die Möglichkeit offen, einen scharfen Verfassungskonflikt zu verhindern. Um so stärker wird dann sein Einfluß sein, wenn es doch zu einem Verfassungskonflikt kommt, — und um so stärker wird auch die Position der Regierung sein, die diesen Verfassungskonflikt durchzusetzen hätte.

Hell—dunkel um Schleicher und Papen.

Berlin. Das eigentümliche Hell—dunkel der politischen Lage, die sich immer noch dadurch auszeichnet, daß keine volle Klarheit über den weiteren Verlauf der Krise zu gewinnen ist, ist durch die Verhandlungen, die am Dienstag stattfanden, nicht beseitigt worden. Dazu trägt unter anderem bei, daß von interessierten Kreisen zum Beispiel den ganzen Dienstag über der Versuch gemacht wurde, zu behaupten, daß eine Reise Adolfs Hitlers nicht beabsichtigt sei oder erst später erfolgen werde. Die Entscheidung zwischen Papen und Schleicher ist noch nicht gefallen. Gut informierte Kreise zweifeln auch daran, ob tatsächlich der Mittwoch eine Klärung bringen wird. Es ist sehr fraglich, was bei der Besprechung zwischen Hitler und Schleicher herauskommt. Nach den bestimmten Äußerungen der nationalsozialistischen Presse darf man annehmen, daß eine Tolerierung eines Kabinetts Schleicher mit Sicherheit von Hitler abgelehnt wird. Eine andere Frage wäre es natürlich, ob

nicht eine Unterhaltung über die Art und Weise, wie eine Opposition gegen ein Kabinett Schleicher von der NSDAP zu führen ist, doch Zweck hätte, da man in politischen Kreisen annimmt, daß die Opposition der NSDAP gegen ein Kabinett von Schleicher schwächer sein würde als gegen ein Kabinett von Papen. Da Schleicher noch immer als Freund der nationalsozialistischen Bewegung gelten kann, hält man es jedenfalls in bestimmten politischen Kreisen noch immer für möglich, daß hier wenigstens gewisse Annäherungsmöglichkeiten gegeben sind.

Bekannt das Gespräch Schleicher—Hitler negativ, oder kommt es nicht zustande, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dann Herr von Papen mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt wird. Es ist aber die Frage, ob es Herrn von Papen dann gelingt, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen; es besteht also auch dann immer noch die Möglichkeit, daß er nach seiner Betrauung den Auftrag nach einigen Tagen wieder zurückgibt, und daß dann doch ein Kabinett von Schleicher gebildet wird. Da ein Kabinett Schleicher im Parlament zweifellos unter Umständen auf eine gewaltigere Opposition zu rechnen hätte als ein Kabinett von Papen, glaubt man jedenfalls, derartige Möglichkeiten solange nicht von der Hand weisen zu dürfen, als ein Kabinett von Papen nicht ernannt ist.

Der „Bölkische Beobachter“ gegen Tolerierung eines Kabinetts Schleicher.

München. Unter der Überschrift „Die NSDAP wird ein Kabinett Schleicher nicht tolerieren“ bringt der „Bölkische Beobachter“ an der Spitze des Blattes einen Artikel Hosenbergs, worin es heißt:
Unsere Stellung zu einem eventuellen Reichskanzler von Schleicher ist so einseitig wie möglich. Die NSDAP wird ein Kabinett Schleicher ebensowenig tolerieren wie das Unheil-Kabinett von Papen. Die Gründe sind die gleichen. Man kann nicht eine kleine Clique Diktatur über Deutschland spielen lassen. Man kann nicht zulassen, daß das Arbeitslofenheer in Ungemessene Feiert der Kommunismus aufwühlt, wir außenpolitisch immer mehr eingekreist werden, aber der Führer der einzigen großen nationalen Bewegung beiseitegeschoben wird. Es geht nicht an, daß nun nach dem unmöglichen Herrn von Papen einfach der Reichswehrminister an seinen Platz treten kann. Wenn nun die Reaktion die Verkündung eines Staatsnotstandes fordert mit der deutlichen Absicht, die Arbeit der NSDAP zu unterbinden, so wird man sich an den in Betracht kommenden Stellen wohl über die Folgen klar sein. Ein Ausnahmezustand gegen den Nationalsozialismus wäre eine Herausforderung der gesamten Nation. Ein Kanzler, der das täte, würde sich außerhalb der Verfassung stellen, selbst illegal werden. Die Reichswehr würde dadurch nur zu einem Instrument der Innenpolitik und auf ihrem Rücken würde sich der Volksherrschaftsverfall zeigen. Das würde der Untergang Deutschlands sein.

Der „Angriff“ zur Reize Hitlers nach Weimar.

Weimar. (Funkpruch.) Wie dem Conti-Nachrichtendienst von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler seine Fahrt in Jena nicht unterbrochen, sondern ist lediglich auf dem Bahnsteig von Parteimitgliedern begrüßt worden. Er hat sich dann sofort weiter nach Weimar begeben, wo er in einem Hotel Wohnung genommen hat, um von dort aus die weiteren Dispositionen für seine anlässlich der Thüringer Kommunalwahlen stattfindenden Besuche thüringischer Städte zu treffen.

Berlin. (Funkpruch.) Im Zusammenhang mit der Meldung, daß Adolf Hitler nicht nach Berlin, sondern nach Weimar gereist ist, schreibt der „Angriff“:
„Entgegen anderslautenden Gerüchten ist der Führer heute vormittag nicht in Berlin eingetroffen. Da man auf der Gegenseite immer noch nicht geneigt ist, persönliche Abneigung hinter die Schicksalsfragen der Nation zurückzustellen, ist ja auch nicht einzusehen, welchen Zweck neue Verhandlungen haben sollten. Vorerst erscheint jedenfalls der Wahlkampf in Thüringen wichtiger. Adolf Hitler hat sich deshalb nach Weimar begeben.“

Berlin. (Funkpruch.) In der Umgebung des Generals von Schleicher rechnet man damit, daß die Besprechung mit Hitler doch heute nachmittag zustandekommt. Hitlers Fahrtunterbrechung war im Reichswehrministerium schon in den frühen Vormittagsstunden bekannt. Man kann also wohl annehmen, daß Hitler den Reichswehrminister unterrichtet hatte. Vermutungen, daß die Besprechung außerhalb Berlins oder durch einen Mittelsmann des Generals von Schleicher stattfinden könnte, sind nach unseren

Informationen abwegig. In Weimar ist, wie Nachfragen ergeben haben, über die Dispositionen Hitlers nichts zu erfahren. Es wird dort nur darauf hingewiesen, daß Hitler ja von Weimar aus jederzeit mit dem Flugzeug nach Berlin reisen und nach seinem Abflug innerhalb von zwei Stunden in Berlin eintreffen kann.

Wirtschaftsliste und Kabinettsbildung.

Bemerkenswerte Ausführungen im „Tag“.
Berlin. Der Tag veröffentlicht unter der Überschrift „Wirtschaftsliste und Kabinettsbildung“ einen von besonderer Seite ausgehenden Artikel, der die Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei über die Wege zur Überwindung der Krise wiedergibt.

Einleitend wird ausgeführt, daß in England alles, was die Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Ländern betriebe, sachlich vom Board of Trade bearbeitet werde. Bei uns seien die entsprechenden Arbeiten auf nicht weniger als drei Reichsministerien verteilt, wozu noch die beteiligten Ministerien der Länder treten. Die einzelnen Ressorts seien geneigt, sie fühlten sich gewissermaßen amtlich dazu verpflichtet, die jeweils auftretenden wirtschaftlichen Fragen unter dem Gesichtspunkt der ihnen anvertrauten Wirtschaftsinteressen zu betrachten. Das Board of Trade in England wicke dagegen gewissermaßen wie ein Kabinett, so daß das Kabinett nur mit der letzten Entscheidung befaßt werde. Im Reichskabinett hätten sich zum Beispiel in der Kontingenzfrage die Minister „schwer gerührt im Turnierkampf gegenüberstanden“. Dadurch sei ein Chaos entstanden, aus dem bisher noch kein Ausweg gefunden worden sei. Am Schluß des Artikels heißt es: Wir sollten uns den großen Grundgedanken auch in der Organisation des Staates und des Reiches nicht verbauen lassen, daß Wirtschaftspolitik keine Sache der Karrieristen oder der Industrieinteressen oder der Gewerkschaftsinteressen sein darf. Die einzelnen Wirtschaftszweige sind Organe einer Einheit, nämlich der internationalen Wirtschaft. Wirtschaftspolitik ist also keine Interessenfrage, sondern eine nationale Angelegenheit. Sie erfordert daher auch verhältnismäßig eine einheitliche Behandlung. Ein derartiges Verfahren würde naturgemäß auch eine starke Entlastung des Reichskabinetts bringen.

Der deutschnationalen Abgeordnete Schmidt-Hannover zur Regierungsliste.

Berlin. (Funkpruch.) Die Berliner „Nachtausgabe“ veröffentlicht ein Interview des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover. Darin wird u. a. ausgeführt: Je unklarer die Regierung Papen an der Beilegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen arbeitet, je elender und sozialer ihre Wirtschaftspolitik, je folgerichtiger sie an der antiparlamentarischen Linie festhält, umso mehr mußte sich ihre Vertrauensbasis im Volke schälen. Im Volke, das nicht mit Reichstagsmehrheiten gleichzusetzen ist. Die Haltung und propagandistische Vertretung der Regierung trug diesen Erfordernissen, besonders in den verflochtenen Wahlwochen, nur unvollkommen Rechnung.

Das Prestige der Regierung hat schwere Einbuße erlitten und die Gefahr nicht herauf, daß der verärgerte Staatsbürger zugleich seinem Reichspräsidenten entfremdet wird. Das soll und darf nicht sein! Es darf nicht sein, daß die Reichswehr irgendwie in den Wirbel der politischen Kämpfe hineingerissen wird. Es darf auch nicht der Anschein entstehen, als arbeiteten Kanzler und Wehrminister gegeneinander.

Hr. Schmidt-Hannover schließt seine Erklärung: Wer, wie wir, in betonter Zurückhaltung, aber mit wachsender Sorge die Entwicklung der Regierungsliste verfolgt, hat das Recht und die Pflicht, heute zu rufen: Schluß mit dieser Krise! Schluß mit dem Schauspiel Papen oder Schleicher! Eine Fortsetzung dieses Zirkels wäre umso bedenklicher, wenn das Ergebnis nur in einer Uebergangs-Lösung bestände. Das Gebot der Stunde ist die Bildung einer krisenfesten Regierung mit klarem, einheitlichen Wirtschaftsplan. Hinter oder neben ihr wird sich die verklärte nationale Bewegung neu formieren.

Die Besprechungen zwischen Zentrum und NSDAP.

Berlin. (Funkpruch.) Zu Pressemeldungen über Besprechungen zwischen führenden Mitgliedern der Zentrumspartei und der NSDAP, am 29. November wird von der Zentrumspartei festgestellt, daß diese Besprechungen lediglich der Klärung der technischen Fragen über die erste Reichstags-Sitzung dienen haben.